

HAMBURGER HAUSBESETZER

Asterix in der Hafenstraße?

Die Chancen für eine friedliche Lösung schwinden

VON Bartholomäus Grill | 06. November 1987 - 07:00 Uhr

Von Bartholomäus Grill

Hamburg, im November

Frau Eggers und ihre Nachbarn, alteingesessene Bürger von Altona, waren am 21. Oktober sehr verwirrt. Am nämlichen Tag flatterte ihnen ein sonderbares Schreiben ins Haus, eine amtliche Wurfsendung mit dem Zeichen wa/rum. „Freie und Hansestadt Hamburg, Baubehörde“ stand im Briefkopf; darunter wurde den Adressaten eröffnet, daß die Bürgerschaft, das Parlament der Elbmetropole, beschlossen habe, „ab 1. 11. 87 das Mietrecht zu vereinfachen und dem großzügigen Vertragsangebot an die Hafenstraße anzupassen“.

So mancher leichtgläubige Empfänger nahm die Sätze wörtlich und erkundigte sich bei der Baubehörde nach Einzelheiten. Wer das Papier jedoch aufmerksam studierte, merkte schnell, daß es sich dabei nur um eine Fälschung handeln konnte. Schelme hatten es in die Welt gesetzt, um gegen das jüngste Vertragsangebot zu protestieren, das der Senat Anfang Oktober den Hausbesetzern in der Hafenstraße und Bernhard-Nocht-Straße gemacht hatte. Zwar lag das Jawort der Bürgerschaft zu diesem 23seitigen Paragraphenwerk seinerzeit noch nicht vor. Doch es sollte endlich Frieden in jenen acht Gebäuden am Hafenrand stiften, die junge Leute seit dem 23. Februar 1982 besetzt halten und neuerdings mit Hilfe von Betonpollern, Drahtverhau und anderem Rüstzeug in regelrechte Festungen verwandelt haben.

Ein halbes Jahrzehnt währt der Streit zwischen den Stadtvätern und den „Schmuddelkindern“; er verlief zeitweise so heftig, daß traditionsverbundene Hanseaten fürchteten, das Wort „Hafenstraße“ könne zum Synonym für Hamburg werden. Im Rathaus herrschte Ratlosigkeit: Sollte man die Eindringlinge auf die Straße setzen oder ihren Aufenthalt legalisieren? Wahltaktische Manöver, Flügelkämpfe bei den regierenden Sozialdemokraten, städtebauliche Konzeptionslosigkeit verhinderten einen klaren Kurs. Mal ließ man den Bewohnern freien Lauf, auch wenn sie auf offener Straße vor den Häusern Gewalttätigkeiten verübten, mal haute man auf sie ein, mal schloß man reguläre Mietverträge, mal drohte man mit Räumung. Vorige Woche erschien in der Hansestadt ein von Jan Philipp Reemtsma und anderen herausgegebenes Buch, in dem dem Senat vorgeworfen wird, einem alternativen Wohnmodell an der Hafenstraße zu keinem Zeitpunkt eine Chance gegeben zu haben.

Jetzt startete die Stadt einen allerletzten Versuch: Sie bot den Besetzern einen Pachtvertrag auf Zeit an. Die Beseitigung der „baulichen Veränderungen“, die „objektiv dem Zweck

dienen, staatliche Amtshandlungen zu erschweren oder zu vereiteln“, knüpfte der Senat an eine friedliche und rechtsstaatliche Lösung des Problems. Im Paragraph 19 des Vertragsentwurfes forderte er die Hafenstraßler ultimativ auf, bis zum 31. Oktober Stacheldraht, Falltüren, Zugbrücken, Stahlplatten, Betonpfeiler und so weiter zu entfernen; nur dann könne der Kontrakt abgeschlossen werden.

Die Sache sei nun „ausgereizt bis auf den letzten Punkt“, erklärte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi. Er sehe nur noch die Möglichkeit, entweder den vorgelegten Vertrag zu unterschreiben oder zu räumen. Der sonst so gelassen wirkende Sozialdemokrat steht mit dem Rücken zur Wand. Er hat stets für Möglichkeiten eines selbstbestimmten, alternativen Wohnens im Stadtstaat plädiert und im Hochsommer, mitten in den zähen Koalitionsgesprächen mit der FDP, die Verhandlungen mit der Hafenstraße zur Chefsache erklärt, war aber mit seinem Konzept am Veto seiner rechten Genossen gescheitert.

Den jüngsten Vertragsentwurf hielten hingegen die Hafenstraßler zunächst für völlig unannehmbar. Er enthalte „sittenwidrige Klauseln“, interpretierte Rechtsanwalt Jens Waßmann vom Verein „Mieter helfen Mietern“. Er sehe zum Beispiel eine generelle Gefährdungshaftung für den Zustand des Gebäudes vor. Der Pächter müsse auch für Schäden durch Einwirkung Dritter geradestehen.

Senatspressesprecher Thomas Mirow lassen solche Bedenken kalt: „Wenn der Vertrag sittenwidrig wäre, dürfte ihn der Staat gar nicht vorlegen.“ Die Leute von der Hafenstraße schalteten ihrerseits auf stur. Ihre Lesart des Senatsangebotes hieß „Knebelvertrag“. Die Frist verstrich, die Befestigungsanlagen blieben. Am Tage Null wurde nicht demontiert, sondern demonstriert: Über dreißig linke Organisationen riefen am vergangenen Samstag zum Protestmarsch für den Erhalt der Hafenstraße auf: „Weg mit dem Senatsdiktat. Für selbstbestimmtes Wohnen und Leben!“ lautete ihr Leitspruch. Auch die Jungsozialisten gehörten zu den Anmeldern der Veranstaltung.

Ungefähr 7000 Demonstranten zogen vom Gerhart-Hauptmann-Platz quer durch die Stadt hinunter zur Elbe. Mittendrin bewegte sich ein Block von circa 1000 martialisch aufgemachten Autonomen. Im Angesicht ihrer schwarzen Lederkluften, Schutzhelme und Motorradmasken, ihrer aggressiven Parolen, ihres paramilitärischen Gebarens wurde nicht nur Passanten mulmig, sondern auch vielen friedlich Gesonnenen unter den Mitmarschierenden. Den mäßigenden Appellen der Demo-Leitung und der defensiven Taktik der Polizei ist es zu verdanken, daß es zu keinen schlimmen Ausschreitungen kam. Einige Militante bewarfen das am Weg liegende Strafjustizgebäude mit Steinen; Scheiben gingen zu Bruch, eine Haustür wurde eingetreten, ein Beamter erlitt leichte Verletzungen: Zwischenfälle, die auch den Kompromißbereiten in der Hafenstraße schaden. Nur allzuleicht könnte in diesen Tagen die gesamte Besetzer-Szene über einen Kamm der Gewalttätigkeit gescheit werden.

In den bundesweiten Zirkeln der Autonomen sei es derzeit *en vogue*, nach Hamburg zu ziehen, sagen Eingeweihte. Der Verfassungsschutz nimmt an, daß auch die Binnenstruktur

der Hafenstraße von ihnen beherrscht wird. Die Besetzer wollen sich indes nicht auseinanderdividieren lassen. Einmütig erklärten sie: „Klar ist, daß wir hierbleiben. Klar ist, daß wir dafür einen Vertrag brauchen. Klar ist auch, daß jeder Bulleneinsatz jetzt auf unseren erbittertsten Widerstand stoßen wird.“

„Außerordentlich bedauerlich“, kommentierte der Bürgermeister. Rund um die Alster wird längst darüber diskutiert, ob nun sein Stuhl so gefährlich wackelt, daß er herunterfallen könnte. Allein, auch Dohnanyi weiß das. Er blieb bei seinem Ultimatum: unterschreiben oder räumen. „Das ist mein letztes Wort.“ Anderntags bereitete er sich erst einmal auf seinen Ausflug nach Wien vor – ausgerechnet in dieser zugespitzten Lage führte Hamburgs erster Mann dort einen Dialog über Stadtpolitik. Seine Getreuen mochten sich am Wochenende nicht zu Kommentaren hinreißen lassen. Mirow: „Der Senat wird inhaltlich nicht mehr über diesen Vertrag verhandeln.“

Also richtete sich das öffentliche Interesse wieder auf die Hausbesetzer. Man war gespannt, ob sie vielleicht doch noch einlenken würden. Bis drei Uhr morgens beratschlagte ihr Plenum, um dann am frühen Montagnachmittag in einem behelfsmäßig zwischen den Häusern aufgespannten Zeit ihre Entscheidung mitzuteilen: „Die Befestigungsanlagen bleiben ... Wir sind bereit, den Vertrag ohne Paragraph 19 zu unterschreiben.“

Das sei eine dicke Kröte, die die Hafenstraße jetzt schlucken würde, um zu einer Einigung zu kommen, ergänzt der Lehrer Udo Hergenröder die Presseerklärung. Er gehört zu den vier Personen, die die Besetzer als ihre Vertreter im „Verein Hafenstraße“ nominiert haben. „Ein großer Teil der Leute will alternativ leben und in Ruhe gelassen werden. Sie wissen, daß sie gegen die Räumkommandos unterliegen würden.“ Die Hafenstraßler sollten jetzt über ihren Schatten springen: Die „Wehranlagen“ sind in jedem Fall rechtswidrig. Außerdem können sie eine Niederlage ihrer Erbauer letztlich nicht verhindern.

Wenn die Besetzer zur allgemeinen Überraschung einen noch vor Wochenfrist als unannehmbar gebrandmarkten Vertrag nun doch akzeptieren wollen, wäre es dann nicht klüger gewesen, ein Zeichen des guten Willens zu setzen und die Barrikaden abzuräumen? „Kein Kommentar“, antwortete darauf einer ihrer Sprecher nach langer Atempause. Zu tief sitzt offenbar ihr Mißtrauen gegen die Staatsmacht.

Unterdessen verteilte Juso-Chef Hermann eine Erklärung: „Jetzt fehlt nur noch die Unterschrift des Senates unter den Pachtvertrag.“ Der habe ebensowenig wie die Hafenstraße das Ultimatum eingehalten, weil die Bürgerschaft nicht, wie vorgesehen, am 21./22. Oktober den Vertrag abgesegnet hat.

Die Pressesprecher aller angesprochenen Parteien schwiegen bis zum Dienstag zur Sache und verwiesen auf die Parlamentssitzung am Mittwoch. Die Chancen, doch noch zu einem guten Ende zu kommen, sind hauchdünn geworden. Gerade deshalb sollte sich der Senat das Angebot der Hafenstraße noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Optimisten hofften auf eine Wende in der laufenden Woche. Prince Charles und Lady Di besuchten

die Hansestadt und bescherten ihr eine Art Burgfrieden – eine letzte Frist für die Besetzer, ihre wirklichkeitsferne Revolutionsromantik aufzugeben. Wenn ihnen aber das Trugbild, als tapfere Krieger in einem kleinen gallischen Dorf am Hafen zu sitzen, teurer ist als der Wunsch, selbstbestimmt zusammenzuleben, werden sie bald den kürzeren ziehen.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/1987/46/asterix-in-der-hafenstrasse>